

Sachanträge zum JU-Landestag Oldenburg 2013

Antrag Nr.: 01

Verband: JU Wesermarsch, JU Ammerland, JU Oldenburg-Stadt

Der JU Landestag 2013 möge beschließen:

„Der JU Landesverband Oldenburg fordert den CDU Landesverband Oldenburg auf, ein transparenteres und auf Urwahl basierendes Wahlverfahren zu entwickeln, um zukünftig den CDU-Kandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament zu bestimmen. Weiterhin muss allen CDU-Kreisverbänden im Landesverband Oldenburg die Möglichkeit gegeben werden, sich an der Kandidatenfindung zu beteiligen.“

Begründung:

„Das aktuelle Wahlverfahren, indem der CDU Kreisverband Vechta zuerst eine Mitgliederbefragung durchführt und anschließend im Kreisvorstand den Kandidaten bestimmt, entspricht nicht mehr den Ansprüchen einer modernen Volkspartei. Es ist den CDU-Mitgliedern nicht mehr vermittelbar, dass ausschließlich der Kreisvorstand des Kreisverbandes Vechtas über den Kandidaten des ganzen Landesverbandes entscheidet.“

Antrag Nr.: 02

Verband: JU Wesermarsch

Der JU Landestag 2013 möge beschließen:

„Der JU Landesverband Oldenburg fordert die Bundesregierung auf, sich für eine deutliche Reduzierung von Professorenstellen einzusetzen, die auf dem Gebiet der Geschlechterforschung / Gender Studies forschen.“

Begründung:

„Aktuell gibt es in der Bundesrepublik Deutschland über 173 Genderprofessuren. Diese große Anzahl an Stellen zehrt enorme Finanzmittel auf, die eine sehr viel bessere Verwendung in anderen Forschungsgebieten finden würden. Natürlich sollte auch weiterhin Geschlechterforschung betrieben werden, jedoch zukünftig in einem vernünftigen und der Bedeutung angepassten Maße.“

Antrag Nr.: 03

Verband: JU Wesermarsch

Der JU Landestag 2013 möge beschließen:

„Die Junge Union Landesverband Oldenburg fordert die Landesregierung auf, sich für den Erhalt von Sonder- und Förderschulen einzusetzen.“

Begründung:

„Trotz Inklusion sollten Sonder- und Förderschulen erhalten bleiben, damit eine Wahlfreiheit auch wirklich besteht. Denn in einigen Fällen kann es förderlicher und auch von den Eltern gewünscht sein, wenn in kleineren Klassen in Sonder- und Förderschulen gearbeitet wird, als dies in den anderen Schulen der Fall ist. Dies soll keine Ablehnung der Inklusion sein, sondern eine Kritik, warum Inklusion gleichzeitig die Abschaffung der Sonder- und Förderschulen bedeutet.“

Sachanträge zum JU-Landestag Oldenburg 2013

Antrag Nr.: 04

Verband: JU Wesermarsch

Der JU Landestag 2013 möge beschließen:

„Der JU Landesverband Oldenburg fordert die niedersächsische Landesregierung auf, neue Richtlinien zu verfassen, die eine Einsparung von Polizeikräften bei Schwertransporten ermöglichen.“

Begründung:

„Durch die in den letzten Jahren stark gestiegene Anzahl von Schwertransporten wird die niedersächsische Polizei einer erheblichen Mehrbelastung ausgesetzt. In den zum Teil unterbesetzten Dienststellen fehlen deshalb oftmals Polizeibeamte für Notfallaufgaben wie beispielsweise Unfälle oder Einbrüche.“

Antrag Nr.: 05

Verband: Wesermarsch

Der JU Landestag 2013 möge beschließen:

Der JU Landesverband Oldenburg fordert den CDU Landesverband Oldenburg dazu auf sich in der CDU Deutschlands dafür einzusetzen, dass die Unterfinanzierung im Bereich der Bundeswasserstraßen endlich beseitigt wird und die erforderlichen Investitionen und finanziellen Mittel in den kommenden Bundesverkehrswegeplan eingestellt werden.

Begründung:

Seit Jahrzehnten wird zu wenig Geld in den Erhalt, die Erneuerung und die Weiterentwicklung der Bundeswasserstraßen investiert. Deutschland lebt insbesondere in diesem Bereich von der Substanz des Bestandes und unterlässt dringend notwendige Investitionen. Zahlreiche Kanäle und Schleusen sind inzwischen entweder technisch komplett veraltet und/oder massiv marode. Die Bundeswasserstraßen sind jedoch von erheblicher Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Auf den Bundeswasserstraßen werden pro Jahr 240 Millionen Tonnen an Gütern transportiert. Dies entspricht 75% der Schienengüterverkehrsleistung, bzw. 14 Millionen LKW-Ladungen. Zusätzlich werden 1,5 Millionen TEU-Container pro Jahr befördert. Die Binnenschifffahrt auf den deutschen Bundeswasserstraßen leistet damit einen fundamentalen, kostengünstigen und umweltfreundlichen Beitrag zum Warentransport und entlastet Straße und Schiene. Von der Binnenschifffahrt sind direkt oder indirekt 400.000 Arbeitsplätze abhängig.¹

Ohne die notwendigen Investitionen in den Erhalt, die Erneuerung und Weiterentwicklung der 7.350 Kilometer an Wasserstraßen und der 450 Schleusen kann dieser Beitrag der Binnenschifffahrt zum Warentransport jedoch nicht aufrechterhalten werden. Die Folge werden steigende Kosten für den Warentransport und somit eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Wirtschaftsstandortes sein. Um dies zu vermeiden, müssen die Unterfinanzierung endlich behoben, der Investitionsstau aufgelöst und die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.

Angesichts stetig steigender Steuereinnahmen ist es an der Zeit, diese endlich in den Erhalt unserer Infrastruktur zu investieren und so die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhalten.

¹ Quelle für alle Zahlen: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), abrufbar unter: <http://www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Artikel/WS/wasserstrassen-als-verkehrswege.html>